

## Wissen, Subjekt und Politik

*Thomas Pfister*

Review Essay:

**Torsten Junge (2008). Gouvernamentalität der Wissensgesellschaft. Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens.** Bielefeld: Transcript Verlag, 402 Seiten, ISBN: 978-3-89942-957-2, 36,80 Euro

### Keywords:

Biomedizin; Bürgerkonferenzen; Foucault; Gouvernamentalität; Neoliberalismus; Partizipation; Selbststeuerung; Subjekt; Subjektivierung; Wissenschaft; Wissensgesellschaft; Zivilgesellschaft

**Zusammenfassung:** Die besprochene Monografie interessiert sich besonders für Manifestationen von Subjektivität in der Wissensgesellschaft. In einem ersten Teil verfolgt die Studie, wie die diskursive Ordnung der Wissensgesellschaft auch auf der dominanten Konzeption eines unabhängigen, eigenverantwortlichen und wissensfähigen Subjekts beruht. Der zweite Teil untersucht daraufhin am Beispiel von Bürgerkonferenzen zu Themen der Biomedizin, wie sich einzelne Subjekte im Verhältnis zu dieser diskursiv vorgegebenen Subjektivitätsvorstellung verhalten und selbst als Subjekte konstituieren. Dabei kommt vor allem diese zweite Teilstudie zu wirklich neuen und überraschenden Einsichten. Allerdings wird ihr im Vergleich zum ersten Teil zu wenig Raum gewährt, um ihr volles Potenzial zu entfalten.

Angeregt durch die Diskussion von JUNGEs Buch werden zwei weitere Punkte diskutiert. In einem ersten Schritt muss die Wissenschaft an sich noch etwas genauer betrachtet werden, da diese eine entscheidende Rolle in denjenigen Aushandlungsprozessen spielt, in deren Rahmen die Wissensgesellschaft geschaffen und ausgestaltet wird. Daraufhin wird ein Politikbegriff näher bestimmt, der zwar umfassend, zugleich aber nicht zu allgemein sein soll. Daher wird vorgeschlagen, Politik als graduelles Phänomen zu verstehen, das zwar allgegenwärtig sein mag, in bestimmten Situationen aber besonders deutlich zutage tritt. Um Politik im Kontext einer Pluralisierung des Wissens zu analysieren wird empfohlen, sich auf Situationen zu konzentrieren, in denen Agency und agonistischer Widerstreit sichtbar werden.

### Inhaltsverzeichnis

- [1. Einleitung](#)
  - [2. Programmatik und Subjektivität in der Wissensgesellschaft](#)
    - [2.1 Wissensgesellschaft als "Krise" und die Hoffnung auf das aktive Subjekt](#)
    - [2.2 Subjektivierungsprozesse in der Wissensgesellschaft: Anerkennung und Selbstsorge](#)
  - [3. Erkenntnisse und Ungleichgewichte](#)
  - [4. Weitere Diskussion: Politik unter dem Regime des Wissens](#)
    - [4.1 Wissenschaftliches Wissen und wissenschaftliches Subjekt in der Wissensgesellschaft](#)
    - [4.2 Politik als graduelles Phänomen](#)
  - [5. Fazit](#)
- [Literatur](#)
- [Zum Autor](#)
- [Zitation](#)

## 1. Einleitung

Während in den Sozialwissenschaften kein Zweifel daran zu herrschen scheint, dass sich die Gesellschaften der Gegenwart (zumindest in der westlichen Welt) nicht mehr vor allem durch das Charakteristikum der industriellen Arbeit auszeichnen, herrscht kein Mangel an Zustandsbeschreibungen in der Folge der Industriegesellschaft. In diesem Zusammenhang hat sich der Begriff der Wissensgesellschaft bereits erheblich von alternativen Vorstellungen, etwa vom kompletten Ende aller Arbeit oder gar der Freizeitgesellschaft, abgesetzt. Gleichzeitig kann die Wissensgesellschaft benachbarte Konzepte, wie z.B. die der postindustriellen, Risiko- oder Informationsgesellschaft als Überbegriff mit einschließen. Dementsprechend reichhaltig ist die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Attributen, Dimensionen und Implikationen dieser Transformation. Schließlich hat sich der Begriff der Wissensgesellschaft mittlerweile auch im alltäglichen Sprachgebrauch von Politik, Ökonomie und Medien fest etabliert. In all seinen Spielarten weist er dabei doch stets auf einen sozialen Wandel hin, in dem Wissen und Wissenschaft zentralen Anteil an der Entstehung neuer Herausforderungen, aber auch an deren Lösung haben. [1]

In seiner Monografie "Gouvernementalität der Wissensgesellschaft. Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens" analysiert der Hamburger Soziologe Torsten JUNGE diese weitreichenden Transformationen aus einer Perspektive auf Grundlage des FOUCAULT'schen Spätwerks. Insbesondere geht es ihm um zwei Dimensionen, die in vielen Beschreibungen der Wissensgesellschaft vernachlässigt werden: Erstens untersucht der Band die Wissensgesellschaft als ein diskursiv konstruiertes Phänomen in Form einer bestimmten Programmatik, die sich aus einer Kombination bestimmter Problematisierungen ergibt und sich stets an einen bestimmten Typ von Subjekten richtet. Dabei entwickelt der Wissensgesellschaftsdiskurs – ganz im Sinne der Gouvernementalität – die Vorstellung eines aktiven und autonomen Subjekts, das auch unter den Bedingungen eines komplexen Wissensregimes in eigener Sache am politischen Leben partizipiert. Zweitens untersucht die Studie, inwiefern sich Individuen auch als Subjekte im Sinne dieser Programmatik konstituieren. Anders ausgedrückt verknüpft das Buch die Makro-Ebene der Wissensgesellschaft als Phänomen des politischen oder akademischen Diskurses mit bestimmten Subjektivierungsprozessen auf der Mikroebene von Persönlichkeit. [2]

JUNGE liefert in seiner detaillierten Studie entscheidende Einsichten zur Wissensgesellschaft als spezifischer historischer Konstellation, die sich durch ein kulturelles Feld von Diskursen und Praktiken konstituiert und weit bis in unsere Vorstellungen vom Selbst hineinreicht. Insbesondere wird deutlich, wie wichtig es ist, Subjektivierungsprozesse und Praktiken der Selbststeuerung in die Analyse mit einzubeziehen. Gleichzeitig macht der Text aber auch sichtbar, wie schwierig es ist, diese komplexe Situation auf ausgewogene Weise zu analysieren. [3]

Im Anschluss an JUNGEs Gesellschaftsanalyse macht es sich der letzte Teil dieses Essays zur Aufgabe, einen Politikbegriff näher zu bestimmen, der zwar

umfassend, zugleich aber nicht zu allgemein sein soll. Im Kontext der Wissensgesellschaft muss in einem vorhergehenden Schritt aber die Wissenschaft an sich noch etwas genauer betrachtet werden. Dieses Feld spezieller Agenten und Praktiken spielt eine Schlüsselrolle bei der Konstruktion und Rekonstruktion der sozialen Ordnung der Wissensgesellschaft. [4]

## **2. Programmatik und Subjektivität in der Wissensgesellschaft**

Umrahmt von einem Einleitungskapitel und einer Zusammenfassung gliedert sich "Gouvernementalität der Wissensgesellschaft" inhaltlich in zwei größere Teile, die aufeinander aufbauen. Der erste Teil entwickelt eine theoretische Perspektive auf die Wissensgesellschaft auf der Grundlage von FOUCAULTs Studien zur Gouvernementalität. Der zweite Teil erweitert diesen Rahmen um eine Theorie des Subjekts und wendet diese auf den konkreten Fall der biomedizinischen Forschung in Deutschland an. Die folgende Darstellung orientiert sich an diesen beiden Hauptschritten der Untersuchung. [5]

### **2.1 Wissensgesellschaft als "Krise" und die Hoffnung auf das aktive Subjekt**

Der erste Teil der Monografie beginnt mit einer umfangreichen Einführung der theoretischen Perspektive, die sich über mehrere Kapitel erstreckt. Die Diskussion der Kapitel zwei bis fünf, die an dieser Stelle nur in groben Zügen wiedergegeben wird, entwickelt recht detailliert die Begrifflichkeiten rund um das zentrale Konzept der Gouvernementalität. Stark verkürzt beruht diese Perspektive auf FOUCAULTs Darstellung einer langfristigen Transformation von Machtbeziehungen vom reinen Herrschaftserhalt des Souveräns über die ordnend eingreifende Disziplinierung des Polizeistaats hin zu einer Ordnung, die auf dem Begriff individueller Freiheit beruht. Da letztere diskursiv konstituiert sei, drücke sie sich eher in Form einer Programmatik bzw. einer spezifischen Rationalität aus, der zufolge das freiheitliche Zusammenwirken rationaler Individuen in Marktbeziehungen als normal oder "natürlich", andere Formen autokratischer Steuerung dagegen als unnormal klassifiziert würden. Gouvernementalität schaffe und strukturiere somit Räume und Möglichkeiten, in deren Rahmen Subjekte selbstständig handeln könnten. Diese Aufmerksamkeit für Aspekte der Selbstführung stelle die zentrale Stärke der FOUCAULTschen Perspektive gegenüber herkömmlichen sozialwissenschaftlichen Ansätzen dar. [6]

Methodisch charakterisiert der Verfasser seine Studie als Dispositivanalyse. Zugleich ist das Buch in einer Reihe zur Sozialtheorie erschienen und unternimmt vor allem theoretische Überlegungen mit literarischen Mitteln. Dabei geht JUNGE davon aus, dass in einer weitgehend sozial konstituierten Welt wissenschaftlich-theoretische Argumente und nicht-wissenschaftliche Äußerungen wie z.B. politische Dokumente ähnlich behandelt werden können – nämlich als Texte, die Teil eines größeren diskursiven Rahmens sind. Empirie und Theorie fallen für ihn weitgehend zusammen. Allerdings enthält der zweite Teil auch ein Element systematischer empirischer Analyse im engeren Sinne, das weiter unten noch angesprochen wird. [7]

Die Rolle des Subjekts steht im Zentrum der gesamten Untersuchung. Der Autor stellt fest, dass jede Ordnung neben bestimmten konstitutiven Problematisierungen, aus denen sich Begründungen politischen Handelns ergeben, stets auch entsprechende Formen von Subjektivität benötigt. Diese würden durch die Ordnung mobilisiert und begünstigt – nicht zuletzt, indem alternative Formen von Subjektivität ausgeschlossen und als unmöglich dargestellt würden. Gerade ein soziokultureller Kontext, der weniger auf Zwang und Gebot als vielmehr auf Freiwilligkeit und Selbststeuerung beruhe, sei nur in Kombination mit einer Form von Subjektivität möglich, die aus sich selbst heraus eben diese Bedingungen reproduziere. So berufen sich laut JUNGE der Neoliberalismus im Allgemeinen und der Diskurs von der Wissensgesellschaft im Besonderen auf ein freies, aktives Subjekt, das sich stets als unabhängig und selbstständig verstehe. Vor diesem theoretischen Hintergrund argumentiert der Verfasser dabei sehr überzeugend, dass der Weg zum Verständnis der politischen Implikationen gegenwärtiger Transformation unbedingt über dieses Subjekt gehen müsse. [8]

Der spezielle Diskurs zur Wissensgesellschaft wird vor allem im sechsten Kapitel rekonstruiert und hinsichtlich seiner entsprechenden Konzeption von Subjektivität befragt. Den historischen Kontext der (aufkeimenden bzw. wahrgenommenen) Wissensgesellschaft sieht JUNGE vor allem durch eine paradoxe Situation gekennzeichnet. Auf der einen Seite habe wissenschaftliches Wissen nach dem Ende der Industriegesellschaft enorme Bedeutung als zentraler Produktionsfaktor gewonnen. Zudem hielten vor allem Technologie und die Lebenswissenschaften – gewissermaßen als die großen visionären Erzählungen unserer Zeit – ein erhebliches utopisches Repertoire bereit. Der Autor betont diesen letzten Aspekt, indem er glaubhaft herausarbeitet, wie jede politische Programmatik neben speziellen Problematisierungen auch auf derartigen utopischen Elementen beruhen müsse. Unsere Zeit scheine keineswegs am Ende der Geschichte (FUKUYAMA 1992) angekommen; die Wissensgesellschaft zeichne sich nicht in erster Linie durch das komplette Fehlen jeglicher metaphysischer Ordnungs- und Heilsideen aus. Vielmehr schöpfe sie aus einem alternativen visionären Repertoire, das sich von Vorstellungen über Wissenschaft und Technologie als Quellen nachhaltigen Wachstums, von technologischen Lösungen globaler Probleme bis hin zur "Verbesserung" des menschlichen Lebens durch Biomedizin und Genetik erstrecke. [9]

Zur gleichen Zeit stellt der Autor aber auch eine spezifische Fragilität von Wissensgesellschaften fest (STEHR 2001). Diese macht er weniger an der gewachsenen Bedeutung von Wissen, sondern vielmehr an dessen Pluralität fest, die jegliche Orientierung erschwere. Wissenschaftliche Debatten würden stets kontrovers geführt, für jede Theorie fänden sich auch gegenläufige Daten, keine experimentelle Erkenntnis scheine wirklich sicher. Mittlerweile seien die Grenzen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns und technologischer Kontrolle über die Umwelt selbst der breiteren Öffentlichkeit klar geworden. Trotz aller Heilsversprechen seien etliche Katastrophen und zentrale Bedrohungen direkt auf wissenschaftliche und technologische Entwicklungen zurückzuführen. [10]

Grundlegende Wahrheiten, auf die sich eine stabile und dauerhafte Ordnung berufen könnten, sieht JUNGE in der Wissensgesellschaft somit weitgehend außer Kraft gesetzt, stattdessen müsse jede Ordnung vor dem Hintergrund von Pluralität und Kontingenz ständig neu verhandelt werden. Diese erschwerte Regierbarkeit eines pluralen Regimes des Wissens begreift der Autor als die grundlegende Problematisierung, auf die sich Ordnung und Politik in der Wissensgesellschaft gründen. Allerdings zeichne sich die Wissensgesellschaft auch dadurch aus, hierin kein Desaster, sondern ein großes emanzipatorisches Potenzial zu sehen. Immerhin sei Ordnung nun nicht mehr durch ihre Begründung in höheren Wahrheiten dem Zugriff der Bürger/innen entzogen. Im siebten Kapitel führt der Verfasser ein weiteres ganz zentrales Element der Programmatik der Wissensgesellschaft ein: die hervorgehobene Rolle direkter *Partizipation* der Bürger/innen als dominante Strategie zur (Wieder-) Herstellung stabiler Ordnung. [11]

Die zentrale Bedeutung von Partizipation im diskursiven Programm der Wissensgesellschaft beruht nach JUNGEs Ansicht insbesondere auf drei interdependente Krisennarrativen. Die Semantik der Krise sieht er dabei als Begründungszusammenhang, der eine politische Reaktion und grundlegenden Wandel zwingend erscheinend lässt. An erster Stelle wäre hier die bereits angeschnittene *Krise des Wissens* zu nennen. Eng verbunden damit sieht der Verfasser zweitens eine *Krise der Demokratie*. Diese komme sowohl in postmodern-radikalen wie in konservativ-kommunitaristischen Argumenten zum Ausdruck, dass etablierte Formen repräsentativ-liberaler Demokratie das ursprüngliche Versprechen von Autonomie, Ermächtigung und Selbst-Realisierung von Individuen und kollektiven Identitäten bisher nicht haben einlösen können. Im Zuge dieser Krise macht JUNGE drittens auch eine *Krise des Subjekts* aus, in deren Folge maßgebliche identitätsstiftende Kategorien der Nachkriegsmoderne wie Beruf, Konfession oder sozialer Status zunehmend aufgeweicht würden. Statt sich durch diese, oft generationenübergreifend wirksamen Faktoren dauerhaft in der eigenen Lebenswelt sowie im weiteren System (z.B. durch das Konstrukt politischer Repräsentation) verortet zu wissen, erlebten Individuen ihre Biografien zunehmend als fließenden, oft projekthaften Prozess, der durch hohe Mobilität (in jeder Hinsicht), regelmäßige Brüche und fundamentale Verunsicherungen ausgezeichnet sei. JUNGE identifiziert in diesem Zusammenhang nun Partizipation als zentrale Strategie, die auf alle drei Krisen gleichermaßen antworten soll. Entscheidend dabei sei, dass alle gegenwärtigen Konzepte und Praktiken der Partizipation sich stets an ein ganz spezielles Subjekt richteten: die engagierten und lernfähigen Bürger/innen, die stets willens und imstande sind, sich in der Pluralität des Wissens zurechtzufinden. [12]

Vor diesem Hintergrund diskutiert das siebte Kapitel die Beispiele von drei unterschiedlichen Bürgerkonferenzen, die zwischen 2001 und 2006 zu Themen aus der biomedizinischen Forschung (Gendiagnostik, Stammzellen, Hirnforschung) abgehalten wurden. Methodisch begnügt sich die Untersuchung in diesem Teil vor allem mit Informationen zum Kontext dieser Veranstaltungen und mit deren Darstellung als spezieller institutioneller Settings. Das Bild, das sich

dem Autor bietet, ist erwartungsgemäß mehrdeutig. Auf der einen Seite sieht er neue Möglichkeiten der Mitbestimmung in Bezug auf hoch spezialisierte Felder der Lebenswissenschaften. Auf der anderen Seite blieben die Konferenzen politisch weitgehend folgenlos. Allerdings stellt der Autor im Rahmen aller Veranstaltungen deutliche Verschiebungen der Grenzziehungen zwischen Laien und Expert/innen fest (s.u.). Diese beruhen neben der herausragenden programmatischen Bedeutung von Partizipation vor allem auf der Konzeption eines politisch engagierten wie intellektuell leistungsfähigen Subjekts. [13]

## **2.2 Subjektivierungsprozesse in der Wissensgesellschaft: Anerkennung und Selbstsorge**

Während sich das Buch bis dahin darauf konzentrierte, wie die Subjektivitätsvorstellung der Wissensgesellschaft diskursiv hergestellt werde, wendet sich die Betrachtung im achten Kapitel der Mikroebene der Subjekte selbst zu. Dabei wird die Frage verfolgt, wie die Einzelnen auf den diskursiv hergestellten Aufruf, sich als politisch aktive und rationale Subjekte zu verhalten, reagieren. Anders ausgedrückt geht es darum, ob und wie sich eine Programmatik, die ja im weiteren Kontext der Gouvernamentalität grundlegend auf Freiheit und Selbstführung statt auf hierarchische Beziehungen von Befehl und Gehorsam beruht, auf die tatsächliche Konstituierung der Subjekte auswirkt.

"Das Subjekt-konzept der Gouvernamentalität ist ein radikal positives, in dem Sinne, dass es auf Förderung und Produktion einer Subjektivität ausgerichtet ist, die sich selbst als frei und autonom begreift. Damit verbunden ist die mehr oder weniger vollständige Verabschiedung von tradierten subjektivitätsgenerierenden Instanzen, beispielsweise des anzustrebenden 'Seelenheils', der bevölkerungspolitisch konzipierten Vorstellungen von Nation und Volk oder sozialhygienischen Konzeptionen von unterschiedlichen 'Rassen'. Auch die Einschränkung der staatlichen Souveränität verspricht die neoliberale Gouvernamentalität, Zwang und Gewalt sollten negiert werden zugunsten eines 'freien Willens', der dem Regierungshandeln nicht entgegensteht, sondern selbst das Prinzip des Regierungshandelns darstellt, über das eine präzisere und wirkungsvollere Steuerung und Lenkung der Individuen gelingt." (S.260-261) [14]

Dementsprechend entwickelt dieser (vom Autor als zweites Theoriekapitel bezeichnete) Abschnitt einen spezifischen Ansatz zur Konstituierung des freien und autonomen Subjekts. [15]

Im ersten Teil dieses Kapitels rekapituliert JUNGE die vor allem im postmodernen Denken konstatierte und bereits erwähnte Krise des Subjekts. Er bemerkt, dass sich die Postmoderne zwar strikt gegen die Subjektvorstellung der Aufklärung wende, wonach Letzteres aufgrund seiner Vernunft fähig sei, die Wahrheit zu erkennen. Allerdings führe diese Kritik weniger zur Abschaffung als zur Rehabilitierung des Subjekts, das sich jetzt in der emanzipierten, aber ungleich komplizierteren Rolle wiederfinde, sämtliche Entscheidungen eigenverantwortlich fällen zu müssen, ohne sich dabei an höheren Maßstäbe orientieren zu können. Dieser Argumentationslinie von der Entfesselung des Subjekts stellt der Autor

FOUCAULTs Subjektivitätsbegriff entgegen, der die Prozesshaftigkeit und Historizität jeglicher Subjektivität betont. Dabei bezieht sich die Studie insbesondere auf FOUCAULTs Spätwerk, in dem dieser sich mit Subjektivität und Ethik in der Antike auseinandersetzt. Der Begriff der Ethik sei in diesem Fall strikt vom Begriff der Moral zu unterscheiden. Während Letztere einen Verhaltenskodex bezeichne, der von außen eingesetzt und eingefordert werde, sei mit der Ethik eine innere Haltung des Subjekts zu sich selbst gemeint, die seine Existenz strukturiere und "regiere" (S.273). In der antiken Polis habe diese Form des Selbstbezugs vor allem auf der Technologie der Selbstsorge beruht. Diese sei in Praktiken der Sorge um die eigene Gesundheit und das eigene Wohlbefinden, der Selbstbefragung und Kontemplation, der Sorge um gute Beziehungen zu den Mitbürger/innen (im politischen und erotischen Sinne) und vor allem in der als "*Parrhesia*" (S.280) bezeichneten freien Meinungsäußerung (bzw. dem Mut dazu) zum Ausdruck gekommen. Für äußeren Zwang durch von außen auferlegte Normenkataloge (d.h. Moral) sei vor diesem Hintergrund kaum Platz gewesen. [16]

Zusätzlich zu seiner Darstellung der FOUCAULTschen Analyse antiker Subjektivierungstechnologien bringt JUNGE den Begriff der Pastoralmacht als weiteren Kontrast ein. Mit dem Übergang von der Antike und dem Erstarren des Christentums hätten sich auch die grundlegenden Formen der Machtbeziehungen und damit auch der Subjektivität gewandelt. Diese Pastoralmacht zielt nicht auf das gute Leben in der Polis ab, sondern solle die Erlösung im Jenseits sichern. Sie beruhe dabei auf der religiösen Autorität und der kontrollierenden Fürsorge des "Hirten", die sich bis auf das Denken und Fühlen der Regierten erstrecke und am besten in der Praxis der Beichte zum Ausdruck komme. Das Subjekt finde sich unter diesen Bedingungen in einer fundamentalen hierarchischen Beziehung der Fremdführung wieder. JUNGE zeigt weiterhin auf, wie für FOUCAULT die Pastoralmacht auch mit dem Übergang in die Neuzeit und dem Bedeutungsverlust von Kirche und Religion dominant blieb. Die Abhängigkeitsbeziehung zwischen Gläubigen und Klerus sei lediglich auf andere Institutionen, vor allem die patriarchale Familie und den Staat, übergegangen. Hierdurch gelingt es dem Autor vor allem zu zeigen, dass Prozesse der Subjektivierung und der Selbst- bzw. Fremdführung eigenständigen historischen Dynamiken unterliegen und nicht direkt vorherrschenden Rationalitäten untergeordnet sind. Im Falle der Pastoralmacht seien diese Muster wesentlich langlebiger gewesen als die entsprechende politische Programmatik. [17]

Die Subjektivität der neoliberalen Gouvernamentalität interpretiert JUNGE nun als Bruch der pastoralen Logik, der sich durch einen grundlegenden Wandel hin zu einer Subjektivität der Selbstführung auszeichne. Im Gegensatz zur antiken Selbstsorge bestehe das Spezifikum des Neoliberalismus allerdings darin, dass die Subjekte nun die Kosten und Nutzen ihres Handelns und ihrer Entscheidungen abwägen würden. Die spezielle Ethik der Selbstsorge beruhe in ihrer gegenwärtigen Spielart vor allem auf der rationalen ökonomischen Kalkulation von Handlungsalternativen. In Bezug auf die Wissensgesellschaft bedeute dies insbesondere, sich ständig als wissendes und lernendes Subjekt zu erschaffen. [18]

Diese Theorie des Subjekts wird im neunten Kapitel mit empirischen Illustrationen unterlegt (s.u.). Die Beispiele beruhen vor allem auf zwanzig Interviews mit Teilnehmern und Teilnehmerinnen der genannten Bürgerkonferenzen. Den Autor interessierte dabei insbesondere, wie Laien auf die Möglichkeit reagieren, in Bürgerkonferenzen zu hochkomplexen Fragen der Biomedizin zu partizipieren. Er nennt besonders zwei allgemeine Ziele, auf deren Grundlage partizipatorische Praktiken in wissenschaftlich komplexen Fragen gerechtfertigt würden. Erstens sei dies die Hoffnung, durch eine breitere Einbeziehung gesellschaftlicher Perspektiven sozial robusteres Wissen zu schaffen (NOWOTNY, GIBBONS & SCOTT 2001). Dies beinhalte die Aufnahme nicht-wissenschaftlicher Wissensbestände, genauso aber auch die öffentliche Vermittlung wissenschaftlichen Wissens in partizipatorischen Settings. Ein zweites Ziel liege in der Wiederherstellung und Stärkung von Vertrauen in Politik und Demokratie durch das Angebot politischer Teilhabe. Bei beiden Aspekten gehe es in erster Linie darum, wissenschaftliches Wissen zu "ethisieren" (S.305), d.h. die gesellschaftlichen Folgen von Wissenschaft und Technik in breiterem Rahmen zu diskutieren. Der hervorgehobene Status des wissenschaftlichen Wissens selbst werde dabei aber nicht infrage gestellt. [19]

Diese programmatische Rechtfertigung scheint sich auch in weiten Teilen mit den Motiven der individuellen Konferenzteilnehmer/innen zu decken, die sich in den Interviews sowohl auf ihr inhaltliches Interesse an der Materie wie auch auf den Willen zu mehr politischem Engagement beriefen. Daneben hebt der Autor einen zweiten Aspekt hervor, der für die Herstellung von Subjektivität noch wesentlich bedeutender sei. Er beschreibt unterschiedliche Prozesse, die als Quellen individueller *Anerkennung* funktionierten. So fänden die Teilnehmenden Anerkennung als Gesprächspartner/innen in Expert/innenrunden mit Vertreter/innen aus der Wissenschaft oder als potenzielle Berater/innen der Politik, in ihren internen Kleingruppendiskussionen und ihrem weiteren individuellen Umfeld (wegen ihrer Teilnahme an einer solchen Veranstaltung). Insbesondere durch die Anerkennung durch wissenschaftliche und politische Akteure sieht der Autor die vormals klare Grenze zwischen Expert/innen/Eliten und Laien/Bürger/innen aufgeweicht. Im Rahmen der Bürgerkonferenzen werde – zumindest symbolisch und auf diesen Handlungszusammenhang begrenzt – ein neuer Typus jenseits der Dichotomie von Expert/innen und Laien geschaffen: die informierten Bürger/innen oder *Citoyens*. Auf der Seite der beteiligten Bürger/innen entstünden hierdurch neue Erwartungshaltungen und bisweilen erheblicher Druck, vor allem sich eigenständig zu *Bürgerexpert/innen* zu bilden und in die Materie einzuarbeiten, aber auch aktiv und auf konstruktive Weise an den unterschiedlichen Verhandlungen und Anhörungen teilzunehmen. Gerade letzteres werde neben inhaltlichem Wissen auch durch gewisse sprachliche und soziale Voraussetzungen beeinflusst, ohne die der Zugang zu Anerkennung erheblich erschwert werde. [20]

Trotz dieser neu gewonnenen Anerkennungspotenziale erlebten die Befragten laut JUNGEs Darstellung ihr Wissen durchgehend als defizitär und sahen sich insbesondere den wissenschaftlichen Expert/innen unterlegen. Er argumentiert daher, die Bürger/innen wären zwar als aktiv teilhabende und vor allem als



sprechende Subjekte anerkannt und ermächtigt worden, wissenschaftliches Wissen bleibe aber nach wie vor die dominierende Wissensform, von deren Produktion sie weitgehend ausgeschlossen blieben. Sie sähen sich stets verpflichtet, ausschließlich rationale und generalisierende Argumente vorzubringen, während Meinungen, Ängsten und partikularen Erfahrungen kaum Gewicht beigemessen worden sei. Hieraus folgert er zudem, dass Freiheit in der Wissensgesellschaft kein Grundrecht sei und nicht jedem Individuum voraussetzungslos zuerkannt werde. Vielmehr handele es sich dabei um ein Konsumgut, das durch Selbstsorge erworben werden müsse. [21]

### **3. Erkenntnisse und Ungleichgewichte**

Im folgenden Abschnitt stelle ich die Stärken und Schwächen von JUNGEs umfangreicher Monografie zusammen. Aufgrund des weiten inhaltlichen Bogens, den das Buch umspannt, erhebt diese Diskussion weder Anspruch auf Absolutheit noch auf Endgültigkeit. Andere Leser und Leserinnen werden andere Interessen geweckt, befriedigt oder auch unbefriedigt finden. [22]

Die zentrale Leistung der Untersuchung besteht wohl in der Aufmerksamkeit, die JUNGE dem Subjekt und Prozessen von Subjektivierung zukommen lässt. Die Entstehung von Gouvernamentalität als Wandel von Fremd- zu Selbstregierung ist im Anschluss an FOUCAULT von vielen sozial- und geisteswissenschaftlichen Arbeiten aufgenommen worden. Ähnliches gilt für die programmatische Konstruktion des freien, rationalen und ökonomisch kalkulierenden Subjekts als konstitutives Element politischer Rationalitäten. Allerdings begnügen sich die Gouvernamentalitätsstudien mehrheitlich meist doch nur mit der Untersuchung politischer Rationalitäten und Programme auf Analyseebenen jenseits des Subjekts selbst (z.B. explizit bei MILLER & ROSE 1990). Letztlich bleibt diese Analyse der Führung der Führungen aber unvollständig, wenn dabei außer Acht gelassen wird, wie genau sich die einzelnen Subjekte in Reaktion auf eine spezifische politische Rationalität selbst regieren und konstituieren. Im Gegensatz dazu räumt JUNGE genau diesen Prozessen im zweiten Teil seines Buches einen ganz zentralen Platz ein. [23]

Dabei ist insbesondere auch das Zusammenspiel beider Teiluntersuchungen bedeutend. Die alleinige Untersuchung der politischen Programmatik würde zu kurz greifen, da unklar bliebe, ob und wie genau die Einzelnen auf die entsprechende politische Rationalität mit möglichen Praktiken der Selbstführung antworten. Gleichzeitig wäre die bloße Untersuchung von Subjektivierungsprozessen ohne detaillierten Bezug auf den programmatischen Kontext unzureichend. Beide Ebenen hängen eng zusammen und sind schwer für sich allein zu verstehen. Trotz dieser engen und wechselseitig konstitutiven Beziehung zwischen den Ebenen des Diskurses und des Subjekts lassen sie sich aber nicht auf einen einzigen Prozess reduzieren. Der Autor zeigt, dass die diskursiv konstruierte Programmatik der Wissensgesellschaft, in der auch die Beteiligung eines lernenden, sprechenden und rational kalkulierenden Subjekts betont wird sowie diejenigen Prozesse, in denen sich die Subjekte konstituieren, unterschiedlichen Logiken und Zeitrahmen folgen. Diese Demonstration der losen

Kopplung zwischen der diskursiv-programmatischen und der subjektiven Ebene sowie die umfassende Reflexion von Subjektivierungsprozessen in diesem Rahmen stellen auf jeden Fall den entscheidenden Beitrag des besprochenen Bandes dar. [24]

Allerdings drängt sich wiederholt der Eindruck auf, dass noch wesentlich tiefere Einsichten erreicht werden könnten. Am schwersten wiegt hierbei ein grundlegendes Ungleichgewicht zwischen den beiden Teilen des Buches. Die Untersuchung der diskursiv-programmatischen Aspekte erhält ein Vielfaches der Aufmerksamkeit, die im zweiten Teil dem Subjekt und seiner Konstitution geschenkt wird. Dabei stecken die wirklich überraschenden und originellen Elemente vor allem in letzterem Teil, der das eigentliche Potenzial der Untersuchung somit nur andeuten kann. [25]

Dieses Problem wird zuerst einmal durch eine unglückliche Doppelung gefördert. So verwendet JUNGE immens viel Energie und Platz darauf, die FOUCAULTschen Begrifflichkeiten einzuführen. Der spezifische Diskurs um die Wissensgesellschaft wird erst im sechsten Kapitel genauer thematisiert. In Folge dieser umfangreichen Einführung sind viele Phänomene bereits mit ähnlichen Begriffen besetzt, wenn es daran geht, ein klares Bild des Wissensgesellschaftsdiskurses zu entwerfen. Die Darstellung des Ansatzes und die eigentliche Untersuchung verschwimmen. So bleibt die Beziehung zwischen den Phänomenen der Gouvernementalität und der Postmoderne im Allgemeinen und der Wissensgesellschaft im Besonderen oft unklar. Auch bleibt der Begriff der Wissensgesellschaft deshalb im Vergleich meist schwächer konturiert. Von der speziellen biomedizinischen Thematik der späteren Untersuchung einmal abgesehen, hätte sich die Untersuchung auch das Subjekt der Gouvernementalität oder der Postmoderne in einem weiteren Sinne zum Gegenstand wählen können. [26]

Dem eindeutigen Zuviel, das dem – deshalb bisweilen auch recht langatmigen – ersten Teil zur Last gelegt werden muss, steht ein deutliches Verlangen nach Mehr gegenüber, das sich beim Lesen des zweiten Teils zu Subjekt und Subjektivierung einstellt. JUNGE bewegt sich hier wirklich nahe an der Substanz der Wissensgesellschaft, die gerade in den Bemühungen einzelner Individuen sichtbar und greifbar wird, dem eigenen Handeln und der eigenen Existenz in diesem breiteren Kontext Sinn zu geben. Selbst wenn die Wissensgesellschaft nicht alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens durchziehen sollte, wird sie aber doch im Rahmen der komplexen Verhandlungen biomedizinischer Themen in den untersuchten Bürgerkonferenzen auf jeden Fall sichtbar und manifest. Allerdings werden die Interviews mit Teilnehmer/innen der Bürgerkonferenzen meist nur illustrativ eingesetzt, während die eigentliche Argumentation auf der Basis theoretischer Literatur voranschreitet. Eine stärker explorativ ausgerichtete Untersuchung, die sich näher an der Lebenswelt der handelnden Akteure bewegt, hätte sicher eine größere Bandbreite von Fragen aufgeworfen und ein entsprechend konzentrierteres Bild beigesteuert. Auch werden die Bürgerkonferenzen zu sehr auf der Grundlage ihrer formellen Ziele, Verfahren und Settings statt als spezifische Orte untersucht, an denen die

Wissensgesellschaft und ihre Subjekte im Rahmen tatsächlicher verbaler und nonverbaler Interaktionen sichtbar werden. Es wäre im Rahmen dieser Studie durchaus möglich gewesen, die Perspektive wesentlich deutlicher in diese Richtung zu akzentuieren und evtl. auch auf ein stärkeres Fundament aus primären empirischen Daten – inklusive einer systematischeren Auswertung – zu stellen. Dies muss keineswegs im Widerspruch zum theoretischen Ansatz stehen. [27]

Bezüglich des Begriffs des Politischen, den das Buch ja ebenfalls im Titel trägt, behandelt die gesamte Studie die grundlegende Frage, wie sich soziale Ordnung heutzutage konstituiert, wie sie reproduziert wird und durch welche Charakteristiken sie am besten zu beschreiben sei. Es wird klar, dass sich Politik keinesfalls auf "politische" Institutionen wie Parlamente, Regierungen, Monarchien oder Bürokratien beschränken lässt. Stattdessen ist offensichtlich, dass eine strikte Trennung zwischen öffentlich-politischem Raum und Privatsphäre nicht möglich ist. Politik wird nun zum Phänomen erklärt, das alles durchdringt. Da die konkreten Erkenntnisse in diesem Bereich gegenüber der ausführlichen Behandlung der Schlüsselbegriffe der Wissensgesellschaft und der Gouvernamentalität zurückfallen, soll dieser Punkt im nächsten Abschnitt noch etwas grundlegender diskutiert werden. [28]

Um diesen Teil abzuschließen, lässt sich eine mittlerweile schon etwas ältere Feststellung Thomas LEMKES aufgreifen, dass sich die Gouvernamentalitätsforschung im angloamerikanischen Raum vor allem aufgrund einer starken empirischen Fundierung zu einer enorm produktiven Forschungsperspektive entwickeln konnte, während sie im kontinentalen Europa vor allem philosophisch-theoretisch geprägt hinter ihren analytischen und insbesondere ihren politisch-kritischen Möglichkeiten zurückzubleiben scheine (LEMKE 2000). Der hier besprochene Band macht einen Schritt über diesen Gegensatz hinaus, lässt es an der letzten Konsequenz aber fehlen. [29]

#### **4. Weitere Diskussion: Politik unter dem Regime des Wissens**

Sowohl die genannten Stärken wie auch das erwähnte Ungleichgewicht der Teilanalysen von Wissensgesellschaftsdiskurs und Subjekt führen dazu, dass der besprochene Band die Diskussion eher eröffnet als beschließt. Der folgende Abschnitt nimmt diesen Impuls auf, verlässt dabei aber die enge Bindung an die bisher besprochene Monografie. Stattdessen soll die Frage nach dem Politischen in der Wissensgesellschaft noch einmal zum Gegenstand grundlegenderer Überlegungen werden. Auch diese erheben keinerlei Anspruch darauf, die Debatte zu schließen. Vielmehr geht es darum, diese um entscheidende Aspekte zu erweitern. Ein erster Punkt in diesem Kontext betrifft die Rolle der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Wissens, ein zweiter die genauere Bestimmung des Politischen in einer Welt, die sich vor allem durch Pluralisierung von Wissen und Wissensformen, die Fragilität von Machtbeziehungen und Selbststeuerung charakterisieren lässt. [30]

#### **4.1 Wissenschaftliches Wissen und wissenschaftliches Subjekt in der Wissensgesellschaft**

JUNGE leistet mit seinem Buch einen erheblichen Beitrag zum besseren Verständnis des Begriffs der Wissensgesellschaft, indem er diese nicht lediglich als Ausdruck eines strukturellen Wandels hin zu einer postindustriellen, wissensintensiven Produktionsweise versteht, sondern den Aspekt der diskursiv konstituierten politischen Programmatik hervorhebt. Seine Studie liefert zudem wichtige Erkenntnisse über die Charakteristiken und die Rolle des Subjekts in diesem speziellen historischen Kontext. Dabei gilt das besondere Interesse den "normalen" Bürger/innen, die im Regime des Wissens vor allem auf die Rolle als Laien reduziert werden. Gleichzeitig erhalten sie aber auch begrenzten Zugang zu Expert/innenstatus und Wissensproduktion, welche zuvor exklusive Privilegien der institutionalisierten Wissenschaft waren. [31]

Dieser Abschnitt knüpft an die Erkenntnis von der zentralen Bedeutung des Subjekts sowie seiner Konstituierung durch Praktiken des Selbst an. Vor allem soll es darum gehen, auf dieser Grundlage die Formen und Dimensionen von Politik noch genauer zu bestimmen. Über JUNGEs Diskussion hinaus ist es hierfür insbesondere auch notwendig, sich mit der Rolle der Wissenschaft – v.a. als handelnde und gestaltende Agency im Rahmen dieses Transformationsprozesses – auseinanderzusetzen. [32]

Zuerst einmal darf die festgestellte Legitimitätskrise der Wissenschaft nicht in dem Sinne missverstanden werden, dass Wissenschaft (als spezielles Feld menschlicher Praxis und entsprechende Kategorie von Akteuren) und wissenschaftliches Wissen jemals explizit politisches Handeln unmittelbar determiniert hätten. Das Verhältnis von Wissenschaft, wissenschaftlichem Wissen und Politik war auch in der Blütezeit des nationalen Wohlfahrtsstaates und der "großen Narrative" auf der Grundlage moderner Wahrheitsvorstellungen ein komplexeres: Wissenschaftliches Wissen wurde sicher stets als besonders akkurat angesehen, trotzdem lässt sich politische Herrschaft in den seltensten Fällen direkt durch wissenschaftliches Wissen begründen und wenn, so ist dies eher heute der Fall als früher. Erst angesichts von Phänomenen, die kaum noch direkt erfass- und erfahrbar sind (z.B. Klimawandel, mögliche Folgen von Gentechnik), ist die Rolle der Wissenschaft als Vermittlerin von Problematisierungen und entsprechenden Strategien erheblich bedeutender geworden (zusätzlich zum utopischen Potenzial von Technologie und Lebenswissenschaften). Wissenschaft analysiert die Welt nicht mehr aus einer distanzierten Position, sondern wirkt an zentraler Stelle und deutlich sichtbar an ihrer Erschaffung mit (MITTELSTRASS 1992). Die höhere gesamtgesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft macht diese natürlich auch in öffentlichen Kontroversen sichtbarer und daher auch auf neue Art und Weise angreifbar. Zur innerwissenschaftlichen Fabrikation von Erkenntnissen treten nun verstärkt Debatten über deren soziale, ökonomische, ökologische und ethische Konsequenzen. Diese Exponiertheit und Zuweisung neuer gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ist gewiss ein weiteres zentrales Charakteristikum der Wissensgesellschaft. Mit Sicherheit nehmen daher die

transepistemischen Beziehungen (KNORR CETINA 1983) der Wissenschaften zu ihrer weiteren Umwelt (d.h. zu politischen Institutionen, Verwaltungen, Forschungsförderungsinstitutionen, der Industrie oder der Öffentlichkeit) in der Wissensgesellschaft eine neue Qualität an. Daher ist es durchaus angebracht, neben allgemeinen Überlegungen zur Subjektivität der Bürger/innen als Laien bzw. bestenfalls als informierten *Citoyens* auch spezifischere Überlegungen zum Wissen produzierenden Subjekt anzustellen. [33]

Im Rahmen dieses Essays ist es nicht machbar, der besprochenen Studie eine gleichartig umfangreiche Untersuchung über die sich wandelnden Beziehungen und Subjektivitäten der Wissen Schaffenden zur Seite zu stellen. Allerdings können Richtungen aufgezeigt werden, die eine solche Untersuchung nehmen könnte. Grundsätzlich wird dabei die Sphäre der Wissenschaft lediglich ein allgemeiner Referenzrahmen bleiben, solange ein positivistischer Wissenschaftsbegriff verwendet wird, der sich nicht mit den Diskursen und Praktiken der Wissenschaft an sich befasst. Demgegenüber lässt sich auf die mittlerweile mehrere Jahrzehnte alte Forschungstradition der neueren Wissenschafts- und Technologieforschung (engl.: *Science and Technology Studies*, STS) verweisen, die sich eben genau mit denjenigen Praktiken beschäftigt, durch die Wissen produziert wird. Im Zuge dessen haben die STS einen wesentlich komplexeren Wissenschaftsbegriff entworfen. Wissenschaftliches Wissen ist demnach eng mit wissenschaftlichen Praktiken verwoben, die wiederum hochgradig lokal und heterogen sind. Zudem ist mittlerweile klar, dass es sich bei wissenschaftlichem Wissen stets um das Ergebnis komplexer Verhandlungen handelt, die nicht allein auf dieses Feld begrenzt sind. Wissenschaft ist nur ein Feld menschlicher Praxis unter anderen, mit denen es überlappt und interagiert. Die graduelle Öffnung der Wissenschaft, die in der besprochenen Studie festgestellt wurde, wirkt sich insbesondere auch auf diese "Außenbeziehungen" aus. Eine derartige Perspektive würde sicher auch die Analysen der "Pluralisierung" des Wissens stützen. Zusätzlich ließen sich aber noch wesentlich ausführlichere Einblicke in die konkreten Aushandlungsprozesse zwischen Laien, politischen und wissenschaftlichen Expert/innen gewinnen. Ebenso wichtig wie die Rezeption des Wissensgesellschaftsdiskurses durch die Bürger/innen/Laien und deren Reaktion sind diese Prozesse auf der Seite der Wissenschaft. [34]

So genießen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ja keineswegs die exklusive Rolle, allein der Suche nach neuer Erkenntnis verpflichtet sein zu dürfen. Vielmehr sind auch sie zunehmend gezwungen, als Unternehmer/innen ihrer selbst aufzutreten, die ihre Projekte durch Drittmittel einwerbung finanzieren sowie ihre Leistungsfähigkeit durch Evaluationen, Zielvereinbarungen und bibliometrische Indizes messen lassen müssen. Gerade unterhalb der Festanstellung beinhalten diese Investments in die eigene Existenz oft die Einwerbung des eigenen Gehalts, hohe Mobilitätsanforderungen und Phasen prekärer Beschäftigung. Zusätzlich wird das wissenschaftliche Anforderungsprofil durch neue Schlüsselbegriffe wie Internationalisierung, Public Outreach, Interdisziplinarität, Vernetzung oder durch die wachsende Bedeutung von Kooperation in größeren Zentren, Clustern oder internationalen Netzwerken

ständig erweitert. Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese spezielle Programmatik für die Wissenschaft nicht allein durch die Interaktionen zwischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, sondern insbesondere durch öffentliche Finanzierung und Regulierung, durch politisch orientierte Forschungsförderprogramme, Partnerschaften mit Unternehmen oder Medien beeinflusst wird. [35]

Neben den Arbeitsbedingungen und Anforderungen an die einzelnen Forschenden verschieben sich auch die Grenzen des Raumes der Wissenschaft. Zusätzlich zu Universitäten und öffentlich geförderten Forschungsinstituten drängen mit zunehmender Regelmäßigkeit neue Akteure in den Bereich der Wissensproduktion und häufig auch der Wissenschaft vor. Soziale Bewegungen z.B. von Umweltaktivist/innen, Feministinnen oder Menschen mit Behinderung haben nicht nur alternative Wissensbestände geschaffen, die von den etablierten Disziplinen nicht mehr ignoriert werden können. Sie haben in vielen Fällen auch deren Grenzen überwunden und selbst akademischen Status erworben. Auf der anderen Seite wird auch im privatwirtschaftlichen Sektor immer mehr Wissen produziert, das sich nicht mehr klar von wissenschaftlichem Wissen unterscheiden lässt. Neben der klassischen Entwicklungsforschung in der Industrie finden sich zunehmend Akteure (z.B. Beratungsunternehmen, Banken, Versicherungen, Rating-Agenturen), die ebenso systematisch Daten erheben, interpretieren und somit epistemische Artefakte erschaffen. Die Dominanz wissenschaftlichen Wissens erscheint vor diesem Hintergrund des lokalen und heterogenen Charakters wissenschaftlicher Wissensproduktion sowie der grundlegend verhandelbaren Grenzen der Wissenschaft in einem wesentlich differenzierteren Licht. [36]

Speziell im Kontext politischer Bürgerpartizipation in der Regulierung biomedizinischer Fragen konstituieren sich Subjekte auf der Seite der Laien wie auf der Seite der wissenschaftlichen Expert/innen nicht allein in enger Beziehung zum Diskurs der Wissensgesellschaft, sondern auch in Abhängigkeit vom jeweiligen Gegenüber. So kann angenommen werden, dass partizipatorische Verfahren der Wissensproduktion im Sinne der hier diskutierten Bürgerkonferenzen auch für die beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ein positives Potenzial haben. Diese bieten speziell aus der Sicht der Wissenschaft durchaus auch neue Möglichkeiten, der Krise des Wissens und der Krise der eigenen Legitimität entgegenzutreten. Zwei zentrale Aspekte wurden in diesem Kontext bereits genannt. Zum einen könnten derartige Verfahren der wissenschaftlichen Wissensproduktion die soziale Robustheit wissenschaftlicher Ergebnisse stärken. Auch bieten sie der Wissenschaft die Möglichkeit, ihr Wissen über den Austausch mit wissenschaftsnahen Expert/innen (z.B. Projektmanagern in Forschungsförderungsagenturen) hinaus einer breiteren Öffentlichkeit zu kommunizieren. Dabei geht es allerdings nicht allein um die Ethisierung und den öffentlichkeitswirksamen Transfer wissenschaftlichen Wissens. Grundsätzlich kann analog zu den Erkenntnissen von JUNGEs Studie angenommen werden, dass diese neuen Verfahren auch vonseiten der Wissenschaft als neuartige Quellen von Anerkennung nicht komplett zu ignorieren sind. [37]

Die Wissenschaft als ganze sieht sich ja nicht nur durch eine Krise des Wissens und somit auch der eigenen Legitimität herausgefordert. Zusätzlich dazu konfrontiert sie der fortgeschrittene Neoliberalismus mit den ebenso grundlegenden Dynamiken der Ökonomisierung, Privatisierung und Individualisierung. Während diese Prozesse im breiteren Kontext von Gouvernamentalität unproblematisch, ja sogar (ontologisch bzw. strategisch) notwendig erscheinen, können sie für die Wissenschaft durchaus krisenhaften Charakter annehmen. Immerhin erschüttern sie den bislang besonders geschützten Raum öffentlicher Forschung, in dem der Wert der Wissenschaft außer Frage stand und ihre materiellen Ressourcen sowie ihre Autonomie durch den Staat weitgehend garantiert wurden. Daher können aus Sicht der Wissenschaft solch neue, offenere Formen der Wissensproduktion durchaus auch als potenzielle Wege zu neuer Legitimität wahrgenommen werden. Die Wissenschaft bedarf – zusätzlich zu ihrem utopischen Potenzial – der Anerkennung des aktiven, freien und wissensfähigen bürgerlichen Subjekts, um als öffentliche Unternehmung weiter Bestand zu haben. [38]

Im Anschluss an die besprochene Untersuchung wäre es dabei von ganz besonderem Interesse, noch gründlicher zu verstehen, wie genau die Dynamik der Öffnung und Grenzverschiebung durch Partizipation kontrolliert wird. So kommt es hierdurch keinesfalls zur vollkommenen Demokratisierung wissenschaftlicher Wissensproduktion. Zwar erhalten die Bürger/innen Zugang zu letzterer. Dagegen gelingt es der Wissenschaft, das wissenschaftliche Wissen von dieser Öffnung strikt abzuschirmen und gleichzeitig seine Dominanz über andere Wissensformen zu erhalten. Die gesamtgesellschaftliche Position und die charakteristischen Eigenschaften von Wissenschaft sind nicht nur Gegenstand eines breiteren Diskurses über die Wissensgesellschaft. Vielmehr nehmen Agenten der Wissenschaft in ganz entscheidender Rolle an diesen Verhandlungen teil. Eine tiefer gehende Untersuchung der Wissenschaft in konkreten Aushandlungsprozessen rund um ihre gesamtgesellschaftliche Rolle, ihre Subjektivität sowie um die Subjektivität der Laien wäre somit auch besonders wichtig für die genauere Bestimmung des Politischen in der Wissensgesellschaft. Die Ansätze und Erkenntnisse der STS sollten für die weitere Erforschung dieser Beziehungen besonders relevant sein. [39]

#### **4.2 Politik als graduelles Phänomen**

Etliche (v.a. nicht-marxistische) sozialwissenschaftliche Traditionen betrachten Politik als klar eingrenzbares Sphäre öffentlicher Macht, die sich z.B. im Staatsapparat WEBERscher Prägung oder in bestimmten politischen Institutionen manifestiert und von der Ökonomie wie von der Sphäre des Privaten/der Familie weitgehend getrennt ist. Im Gegensatz dazu erscheint Politik aus einer Gouvernamentalitätsperspektive allgegenwärtig. So macht der besprochene Band deutlich, dass sogar die eigene Subjektivität durch ihre Bindung an eine diskursiv hergestellte Ordnungsvorstellung keineswegs vopolitisch ist. Auch bedeutet der großflächige Übergang von der Fremdsteuerung der Subjekte zu deren Selbststeuerung eine schiere Explosion von neuen Orten und Prozessen, die als politische charakterisiert werden

können. Zusätzlich zu den traditionellen Institutionen der Politik, in denen Macht in konzentrierter Weise sichtbar wird, beinhaltet diese Transformation die Entstehung und ständige Ausweitung einer Zwischenlage, die als *Subpolitik* benannt werden kann (DE VRIES 2007, Bezug nehmend auf BECK). So liefert JUNGEs Studie nicht nur einen theoretischen Rahmen zur Erfassung der grundlegenden Bedingungen dieser Zwischenlage (Partizipation, aktives Subjekt), sondern auch ein exzellentes Beispiel für eine ganze Klasse neuer Aushandlungsprozesse an der Schnittstelle von Wissenschaft und Öffentlichkeit. Grundlegend liegt eine zentrale Errungenschaft feministischer, post-kolonialer, diskurs- oder kulturtheoretischer Ansätze im Sichtbarmachen dieser Subpolitik und in einem entgrenzten und umfassenderen Politikbegriff. Allerdings stellt sich nun das neue Problem, das Konzept des Politischen nicht in einem solchen Maß auszuweiten, dass es irgendwann genau aufgrund dieser Ausweitung jede Bedeutung verliert. [40]

Eine wichtige Anregung, wie einem derart unproduktiven Bedeutungswandel vorzubeugen sei, kann in einem relativ kurzen Kommentar von Bruno LATOUR (2007) gefunden werden. Er betont darin, dass es sich bei Politik weder um eine abgegrenzte Domäne noch um eine Ansammlung bestimmter Verfahren handle. Stattdessen fordert er, Politik als bestimmte Situation zu sehen, in der ein spezieller Gegenstand ("issue") öffentliche Relevanz gewinnt. Dies könne selbst der Fall sein, wenn dieser Gegenstand sich bereits "normalisiert" habe und öffentlich überhaupt keine Beachtung (mehr) finde. Er führt zudem auch unterschiedliche Stufen ein, die ein solcher politischer Gegenstand durchlaufen könne, die an dieser Stelle aber nicht von allzu großer Bedeutung sind. Entscheidend ist hier vielmehr die Feststellung, dass es sich bei der Politik eher um ein graduelles Phänomen handelt, das in manchen Situationen mehr, in anderen weniger zum Vorschein kommt. Selbst wenn Politik alle Lebensbereiche durchsetzt, so gibt es doch bestimmte Konstellationen oder Praktiken, die wesentlich stärker politisch sind. [41]

In Bezug auf die Wissensgesellschaft lassen sich auf der Grundlage von JUNGEs Studie mindestens drei unterschiedliche Kategorien politischer Situationen identifizieren. Ein erstes Beispiel wäre die spezielle *Problematisierung* der (vielschichtigen) Krise des Wissens und der Fragilität sozialer und politischer Ordnungen, die im Kern der Programmatik der Wissensgesellschaft liegt. Die darauf aufbauende *Strategie*, ein autonomes, rational kalkulierendes und wissensfähiges Subjekt aufzurufen, sich selbst zu regieren, stellt eine weitere Kategorie dar. Allerdings zeigt sich in diesen beiden Beispielen das agonistische Element des Politischen kaum mehr. Beide Phänomene sind so fest im Diskurs verankert, dass sie als weitgehend "normal" angesehen werden. Im Gegensatz dazu kommen im dritten Fall der Auseinandersetzung einzelner Individuen mit ihrer eigenen Subjektivität derartige Spannungen und Widersprüche wesentlich deutlicher zum Ausdruck. [42]

Ein weiteres politisches Moment, das von JUNGE angesprochen wird, liegt in den Grenzverschiebungen zwischen Expert/innen und Laien sowie zwischen deren entsprechenden Wissensbeständen, die mit einem Konzept aus dem STS-



Kontext auch als "Boundary Work" (GIERYN 1983) bezeichnet werden könnten. Genauere Erkenntnisse könnte eine Untersuchung wissenschaftlicher Praktiken und Subjektivierungsprozesse im Sinne des vorigen Abschnitts bieten. Die Situationsbedingtheit sowie der graduelle Charakter des Politischen implizieren generell, dass dieses sich letztlich nur im Partikularen manifestiert und nur im konkreten Fall umfassend untersucht werden kann. [43]

Bei den letzten zwei Beispielen ist es insbesondere die (empirische) Nähe zur tätigen Agency, die diese Aushandlungsprozesse mit dem eigenen Selbst wie mit der Umwelt in ihrer Komplexität und mit ihren Schwierigkeiten sichtbar macht. Dass diese aus dem Blickfeld gerät ist zentraler Bestandteil der Konsolidierung einer diskursiven Programmatik. Das Sichtbarmachen von Agency in all ihren Facetten stellt somit eine zentrale Herausforderung an die politische Analyse der Wissensgesellschaft dar. Daher mag es oft sinnvoll sein, nicht nur die als "normal" empfundenen Normen, Praktiken, Programme und Selbsttechnologien aufzudecken, sondern auch ihre Produktion durch interagierende Subjekte zu rekonstruieren. Insbesondere die STS könnten hier als wertvolle Inspirationsquelle herangezogen werden, da sie die Entstehung von wissenschaftlichen Fakten und Wahrheiten aus den Diskursen und Praktiken der Wissenschaft rekonstruieren. [44]

Zusätzlich zur Rekonstruktion politischer Rationalitäten ist eine konkretere Auseinandersetzung mit Agency und tatsächlicher Interaktion insbesondere deswegen vonnöten, da mit dem Ende der großen Erzählungen auch den Sozialwissenschaften die stabilen Referenzpunkte abhanden gekommen sind, von denen aus sich derartige Diskurse bewerten ließen. Daher macht es Sinn, diesen Abschnitt mit einigen Überlegungen abzuschließen, wie sich politische Situationen im oben eingeführten Sinne nicht nur identifizieren, sondern auch genauer (gegeneinander) abwägen lassen. Es sei hier auf die Arbeiten des politischen Philosophen James TULLY verwiesen, der vielleicht den innovativsten und zuverlässigsten Orientierungsrahmen in diesem Kontext bietet (v.a. TULLY 1995, s.a. TULLY 1999, 2002). Im Gegensatz zum traditionellen Vorgehen analytischer politischer Philosophie setzt sein *agonistischer Pluralismus* nicht bei ersten Begriffen und deren Definition, sondern bei konkreten politischen Kontroversen und Auseinandersetzungen an. So sei es nicht die Aufgabe der Sozialwissenschaften oder der Philosophie, aus einer höheren Position über gesellschaftliche Auseinandersetzungen (und deren demokratische Qualitäten) zu urteilen. Stattdessen gehe es um kritische Reflexion gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse auf gleicher Ebene mit allen anderen Bürger/innen. Diese reflexive Praxis setzt am besten dort an, wo Aspekte der bestehenden Ordnung infrage gestellt, wo Kontroversen und das agonistische Element der Politik sichtbar werden. Speziell in diesen Situationen werden die Erfahrungen der Subjekte mit der dominanten Ordnung sowie alternative Vorstellungen besonders gut sichtbar. Jede politische Assoziation und jede soziale Ordnung sollten nicht als gegeben, sondern stets als verhandelt betrachtet werden. Der Machtanalyse FOUCAULTs folgend sieht TULLY in diesem Kontext auch ungleiche Machtbeziehungen sowie Unfreiheit in Form von Exklusion und Assimilation als essenzielle Bestandteile jeder Ordnung an. Allerdings sei deren genaue

Ausformung in keinem Fall vorgegeben. Zudem bedeute die generelle Unvermeidbarkeit ungleicher Machtbeziehungen keineswegs, dass konkrete Fälle von (erfahrener) Ungerechtigkeit und Marginalisierung nicht kritisiert und letztlich beseitigt werden könnten. Die grundlegenden politischen Kontroversen (z.B. über die gerechte Verfassung) seien prinzipiell unlösbar und führten daher zu einem andauernden Dialog zwischen den Vertreter/innen unterschiedlicher Positionen, in deren Verlauf diese sich gegenseitig zu widerlegen suchen. Erst durch diesen Dialog (der durchaus kontrovers geführt werden kann und keineswegs einer idealen Sprechsituation bedarf) werde die Komplexität der Welt wirklich sichtbar und für die Forschenden erfahrbar (TULLY 2004). [45]

In Bezug auf die Wissensgesellschaft als Programm und das darin adressierte aktive Subjekt ließen sich einige Ansatzpunkte für derartige politische Untersuchungen ausfindig machen. Zum Beispiel wird der Problematisierung der Krise des Wissens gerade vonseiten der Wissenschaft nach wie vor hartnäckig Widerstand geleistet. Insbesondere in den sogenannten *Science Wars* der 1990er Jahre ist sichtbar geworden, mit welcher Intensität um das Bild einer systematischen und objektiven Wissenschaft gerungen und wie sehr dieses gegen innerwissenschaftliche und transepistemische Angriffe verteidigt wird. Ein weiteres starkes agonistisches Moment wird auch in den Diskursen und Praktiken vieler sozialer Bewegungen ersichtlich, die nicht nur durch alternatives Wissen zur Pluralisierung und zur Krise des Wissens beitragen, sondern oft auch alternative Formen von Subjektivität entwerfen, die sich explizit gegen den Subjektbegriff wenden, der im Neoliberalismus im allgemein und in besonderer Form im Wissensgesellschaftsdiskurs beschworen wird. So mögen sich die Subjektvorstellungen von Umwelt-, Antiglobalisierungs- oder feministischen Bewegungen zwar in vielen Details unterscheiden. In den meisten Fällen richten sie sich aber gegen das autonome, rational kalkulierende Subjekt und entwerfen ein verantwortungsbewusstes Gegenbild, das weniger an individuellem Gewinn (in Form von Geld, Wissen oder Sozialkapital), sondern an der gemeinsamen Schaffung und Sicherung öffentlicher Güter oder an einem wesentlich breiteren Begriff persönlicher und kollektiver Selbstverwirklichung orientiert ist. Eine genauere Untersuchung derartiger Positionen und Interaktionen ist für eine noch fundiertere Analyse der Politik in der Wissensgesellschaft unerlässlich. Natürlich müsste sie sich auf einen wesentlich breiteren Verhandlungskontext als eine begrenzte Zahl von Bürgerkonferenzen beziehen. [46]

## 5. Fazit

Dieser Essay begann mit einer Besprechung von Torsten JUNGEs "Gouvernementalität der Wissensgesellschaft". Die Stärke dieser Untersuchung wurde in der Aufmerksamkeit gesehen, die sie Prozessen der Subjektivierung zukommen lässt. Diese sind zwar mit der diskursiven Programmatik der Wissensgesellschaft eng verknüpft, müssen letztlich aber als konzeptionell eigenständige Phänomene mit eigener Logik betrachtet werden. Gleichzeitig wurde der Monografie aber auch ein gewisses Ungleichgewicht attestiert. Die Entwicklung des grundlegenden theoretischen Rahmens und die Darstellung des Diskurses zur Wissensgesellschaft nehmen einen Großteil des Raumes ein und

dominieren die Studie über das rechte Maß hinaus. Darunter leidet der eigentliche originelle Kern der Analyse, wie sich einzelne Subjekte im Rahmen partizipatorischer Bürgerkonferenzen konstituieren, doch erheblich. [47]

Angeregt durch JUNGEs Untersuchung wandte sich die Diskussion dieses Essays in einem nächsten Schritt zwei Punkten zu. Um der sozialen Ordnung und insbesondere der Frage nach der Politik der Wissensgesellschaft weiter auf den Grund zu gehen, wurde zuerst die Seite wissenschaftlicher Wissensproduktion selbst ins Blickfeld gerückt. Die Wissenschaft spielt nicht nur eine zentrale Rolle als Agentin in der Entwicklung der Wissensbestände und Wissensformen, die als immer bedeutender, gleichzeitig aber auch als plural und fragmentiert wahrgenommen werden. In den konkreten Kontexten der Bürgerkonferenzen zu biomedizinischen Themen spielt sie zudem eine besondere Rolle als *Gegenüber*. Die teilnehmenden Bürger/innen konstituieren sich als wissende und partizipierende Subjekte nicht allein in Beziehung zum abstrakten Diskurs der Wissensgesellschaft. Zusätzlich interagieren sie unmittelbar mit Expert/innen, die ebenfalls bestimmte Subjektivitäten entwickeln und praktizieren. Gleichzeitig kann angenommen werden, dass auch in der Wissenschaft, die sich neuen Formen der Partizipation von Bürger/innen öffnet, eigene Motive und Subjektivitätsvorstellungen entstehen. In diesem Kontext wurde insbesondere eine engere Einbeziehung von Erkenntnissen und Ansätzen der STS als äußerst produktive Strategie für die weitere Erforschung der Zusammenhänge in der Wissensgesellschaft angeregt. Zweitens wurde versucht, den erweiterten Politikbegriff, der (nicht nur) in JUNGEs Studie zum Ausdruck kommt, mit neuer Schärfe zu versehen. Dabei wurde betont, dass Politik nicht mit bestimmten Institutionen, Personen oder Verfahren gleichzusetzen sei. Vielmehr sollte sie als graduelles Phänomen gesehen werden, das trotz seiner Allgegenwärtigkeit in bestimmten Situationen besonders manifest wird. Darauf hin lokalisierte der Essay solche politischen Situationen und machte Vorschläge, wie diese auf der Grundlage der Arbeiten von Bruno LATOUR und James TULLY genauer zu analysieren seien. Zentrale Bedeutung sollte dabei der Analyse von Kontroversen zukommen, in deren Verlauf Agency und Politik sichtbar gemacht werden können. [48]

Letztlich will dieser Essay einen zentralen Punkt deutlich machen, der in der besprochenen Untersuchung lediglich implizit enthalten ist. Die Frage der Politik muss heutzutage essenziell als Frage nach den Bedingungen von und dem Umgang mit *Ambivalenz* verstanden werden. Als politische Problematik ist diese immer partikular und kontingent und kann nur im Konkreten behandelt werden. Dabei betrifft diese Herausforderung nicht nur den weiteren gesamtgesellschaftlichen Kontext, den die Sozialwissenschaften betrachten, sondern insbesondere auch deren äußere Erscheinung, Selbstverständnis und eigene Praktiken. Ebenso wie die untersuchten Politiker/innen und Bürger/innen keine volle Sicherheit über die Bedingungen, Ziele und Konsequenzen ihrer Handlungen haben, ist jede sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit großen analytischen, normativen und praktischen Ungewissheiten konfrontiert. Neben der historischen und gesellschaftlichen Analyse ist es ebenso wichtig, sich selbst in diesen Kontexten zu verorten und zu positionieren. Praktische Vernunft

oder *Phronesis* (siehe FLYVBJERG 2001) wird vor diesem Hintergrund zur zentralen wissenschaftlichen Tugend. TULLYs Arbeiten zeigen nur einen Weg, wie diese im sozialwissenschaftlichen Alltag systematisch unterfüttert werden kann. [49]

## Literatur

- de Vries, Gerard (2007). What is political in sub-politics? How Aristotle might help STS *Social Studies of Science*, 37(5), 781-809.
- Flyvbjerg, Bent (2001). *Making social science matter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fukuyama, Francis (1992). *The end of history and the last man*. London: Penguin.
- Gieryn, Thomas F. (1983). Boundary-work and the demarcation of science from non-science: Strains and interests in professional ideologies of scientists. *American Sociological Review*, 48(6), 781-795.
- Knorr Cetina, Karin (1983). The ethnographic study of scientific work: Towards a constructivist interpretation of science. In Karin Knorr Cetina & Michael Mulkay (Hrsg.), *Science observed. Perspectives on the social study of science* (S.115-140). London: Sage.
- Latour, Bruno (2007). Turning around politics: A note on Gerard de Vries' paper. *Social Studies of Science*, 37(5), 811-820.
- Lemke, Thomas (2000). Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die Governmentality Studies. *Politische Vierteljahresschrift*, 41(1), 31-47.
- Miller, Peter & Rose, Nikolas (1990). Governing economic life. *Economy and Society*, 19, 1-31.
- Mittelstrass, Jürgen (1992). *Leonardo-Welt. Über Wissenschaft, Forschung und Verantwortung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nowotny, Helga; Gibbons, Michael & Scott, Peter (2001). *Re-thinking science. Knowledge and the public in an age of uncertainty*. Cambridge: Polity Press.
- Stehr, Nico (2001). *The fragility of modern societies. Knowledge and risk in the information age*. London: Sage.
- Tully, James (1995). *Strange multiplicity: Constitutionalism in an age of diversity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tully, James (1999). The agonic freedom of citizens. *Economy and Society*, 28(2), 161-182.
- Tully, James (2002). The unfreedom of the moderns in comparison to their ideals of constitutional democracy. *Modern Law Review*, 65(2), 204-228.
- Tully, James (2004). Political philosophy as a critical activity. In Steven K. White & J. Donald Moon (Hrsg.), *What is political theory?* (S.80-102). London: Sage.

## Zum Autor

Thomas PFISTER (PhD, Queen's University Belfast) ist Politikwissenschaftler und arbeitet zurzeit als Post-doc-Stipendiat am Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration" an der Universität Konstanz; seine gegenwärtigen Forschungsinteressen beruhen vor allem auf der politischen Relevanz von Expert/innenstatus, Wissensproduktion und der wechselseitigen Verschränkung von Wissenschaft und Politik, vor allem im Bereich europäischer Integration. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit empirischen und theoretischen Fragen rund um Citizenship und mit sozialpolitischen Modernisierungsdiskursen in der EU.

### Kontakt:

Thomas Pfister  
Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration"  
Universität Konstanz  
Fach 213  
78457 Konstanz  
Tel.: +49 (0)7531/88-5608  
E-Mail: [Thomas.pfister@uni-konstanz.de](mailto:Thomas.pfister@uni-konstanz.de)  
URL: <http://www.exc16.de/>

## Zitation

Pfister, Thomas (2010). Wissen, Subjekt und Politik. Review Essay: Torsten Junge (2008). Gouvernamentalität der Wissensgesellschaft. Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens [49 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 11(2), Art. 20, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1003207>.